



BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
T 01 501 65

Bundesministerium für Bildung und Frauen
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65 Fax 501 65 4 Datum
bmbf:	BAK/BP	Andreas Kastner	DW 3218 DW 3218 14.03.2016
13.850/0001-			
Präs.10/2016			

Entwurf einer Verordnung der Bundesministerin für Bildung und Frauen, mit der das NMS-Umsetzungspaket, die Verordnung, mit welcher die Lehrpläne der Volksschule und der Sonderschulen erlassen werden, sowie die Verordnung über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen geändert werden

Das Umsetzungspaket erneuert den Lehrplan des Gegenstandes „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ in Form von Modulen und verankert die im Regierungsprogramm festgehaltenen Pflichtmodule für „Politische Bildung“ in der Sekundarstufe 1. Die Bundesarbeitskammer (BAK) begrüßt die Lehrplanentwürfe und ersucht um punktuelle Anpassungen. Um die Umsetzung der Lehrpläne im Unterricht sicherzustellen, bedarf es aus Sicht der BAK jedoch umfangreicherer Implementierungsmaßnahmen.

Die BAK sieht in der Vorbereitung der SchülerInnen auf die aktive demokratische Mitgestaltung der Gesellschaft und aller Lebensbereiche eine zentrale Aufgabe der Schule. In diesem Verständnis ist es aus Sicht der BAK notwendig bereits in der Pflichtschule der Politischen Bildung und Demokratieerziehung ausreichend Platz einzuräumen. Neben dem bereits erneuerten Unterrichtsprinzip zur „Politischen Bildung“ wäre daher aus Sicht der BAK die Einführung eines eigenen Unterrichtsgegenstandes „Politischen Bildung“ und ein damit verbundenes eigenständiges Lehramtsstudium notwendig. Als einen Schritt in diese Richtung unterstützt die BAK die vorliegende Einführung der Pflichtmodule für Politische Bildung in der Sekundarstufe 1. Die Modernisierung des Lehrplans für „Geschichte und Sozialkunde“ stellt aus Sicht der BAK einen positiven Zusatznutzen dar. Die Integration der Basiskonzepte und Kompetenzmodelle in den Lehrplan entspricht durch vernetztes Denken und handlungsorientierter Bildung den Anforderungen für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Vergangenen und einer aktiven Gestaltung der kommenden

Gesellschaft. Um die sprachliche Kohärenz des Gegenstandes zu verbessern, schlägt die BAK vor, den Gegenstand in „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ statt bisher „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ um zu benennen.

Um die historischen Erfahrungen der arbeitenden Bevölkerung und ihre politischen Herausforderungen im Lehrplan zu repräsentieren, ersucht die BAK um die Aufnahme folgender inhaltlichen Aspekte in die Lehrpläne:

Modul 7 (2. Klasse) Vergangene und gegenwärtige Herrschaftsformen

Um die Charakteristika, Strukturmerkmale und die Folgen der Regime für die Lebensrealität der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen erfassen zu können, müssen die SchülerInnen befähigt werden, die soziale Basis der jeweiligen Herrschaftsformen zu benennen und einzuordnen. Für die arbeitende Bevölkerung ist der Blick auf die sozialen Hintergründe von Herrschaft von besonderer Bedeutung und sollte daher aus der Sicht der BAK in den Lehrplan aufgenommen werden.

Modul 9 (2. Klasse) Gesetze, Regeln und Werte

Um die Legitimität von Normen und Gesetzen fundiert diskutieren zu können, ist es aus der Sicht der BAK nötig, die Instanzen der Rechts- bzw. Normsetzung in die thematische Konkretisierung aufzunehmen. Für die jungen MitbürgerInnen muss verständlich sein, wer die Regeln und Normen festlegt, welche Legitimation sie dazu besitzen und wie die Regeln und Normen geändert werden können. Als praktisches Beispiel aus dem Lebensumfeld der SchülerInnen bietet sich dazu die schulische Hausordnung an.

Modul 3 (3. Klasse) Geschlecht – Ethnie – Klasse

Bei der thematischen Konkretisierung „Wandel von Armut“ wäre es angezeigt, die erfolgten sozialpolitischen Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die jeweiligen sozialen Gruppen zu beleuchten und mit den SchülerInnen zu diskutieren. Im Blicklicht der fortlaufenden Debatte über den europäischen Sozialstaat sind dessen historische Hintergründe von großer Bedeutung für die aktive politische und wirtschaftliche Teilhabe der kommenden Generationen. In diesem Zusammenhang ist es aus der Sicht der BAK ebenso notwendig abseits der ideologischen Hauptströmungen, die Selbstorganisation der ArbeiterInnen in Formen von Gewerkschaften in das Modul aufzunehmen, da sonst beispielsweise die Genossenschaftsbewegung nicht repräsentiert wäre.

Modul 1 (4. Klasse) Globalisierung im 20. und 21. Jahrhundert

Um die Folgen und Auswirkungen der Globalisierung für die SchülerInnen begreifbar zu machen, ist es aus der Sicht der BAK notwendig, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und soziale Ungleichverteilung in einer globalen Dimension zu diskutieren. Nur mit diesem Verständnis der asymmetrischen globalen Vernetzung ist das Ziel des Grundsatzes einer gerechten Friedensordnung auf Basis einer fairen Verteilung von Ressourcen erreichbar.

Modul 3 (4. Klasse) Demokratie in Österreich

Die erste Republik und ihr Untergang waren prägende historische Erfahrungen für die Konstitution des politischen Systems der zweiten Republik. Die Streichung der Verweise auf den österreichischen Bürgerkrieg und des sozialpartnerschaftlichen Brückenschlags als Kern der Konkordanzdemokratie in der zweiten Republik ist aus der Sicht der BAK problematisch. Es ist zu befürchten, dass durch diese Streichung der österreichische Bürgerkrieg und die daraus resultierenden Überzeugungen für den österreichischen Weg

des sozialen Ausgleichs in der zweiten Republik aus dem Geschichte-Unterricht verschwinden.

Modul 7 (4. Klasse) Gesellschaftlicher Wandel im 20. und 21. Jahrhundert

Die BAK schlägt vor, die thematische Konkretisierung zur Benennung sozialer Ungleichheiten und deren Lösungsversuche zu erweitern. In diesem Punkt müsste aus der Sicht der BAK explizit auf den Wohlfahrtsstaat, seine zeitgeschichtliche Genese, die aktuelle Herausforderungen und seine Auswirkungen auf die Lebensrealität der SchülerInnen diskutiert werden. Aus der Sicht der BAK wäre es dabei ebenso notwendig auf die Rolle von der Gewerkschaften als die Selbstorganisation von Beschäftigten für mehr soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung einzugehen. Als die größte und mitgliederstärkste soziale Bewegung in Österreich sollten die Gewerkschaften jedenfalls als Fallbeispiel in der Klammer des sechsten Absatzes erwähnt werden.

LehrerInnenaus- und –weiterbildung

Laut der Studie „Politische BildnerInnen in Wien 2014“ der Arbeiterkammer Wien, bemängelt ein Drittel der befragten Lehrkräfte die fehlende Ausbildung für Politische Bildung. Die umfassende Umstellung der Inhalte auf Module sowie die Verankerung der Pflichtmodule für Politische Bildung muss aus der Sicht der BAK in der Gestaltung der Lehramtsstudien sowie der begleitenden Fortbildung der aktuellen Lehrkräfte Berücksichtigung finden. Die in den Erläuterungen vorgesehenen neun Veranstaltungen im kommenden Schuljahr und 18 Fortbildungen bis 2020 sind aus der Sicht der BAK nicht ausreichend um eine flächendeckende Implementierung des neuen Lehrplans und damit der „Politischen Bildung“ zu erreichen. Eine verpflichtende Fortbildung bzw. Teilnahme an einer Informationsveranstaltung für alle GSK-PB-Lehrkräfte wäre notwendig. Gleichzeitig sind seitens des Bildungsministeriums bis zur Umstellung der Schulbücher ausreichende Unterrichtsmaterialien und didaktische Materialien zur Verfügung zu stellen.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der oben angeführten Vorschläge und Anregungen.

VP Günther Goach
iV des Präsidenten
F.d.R.d.A.

Melitta Aschauer-Nagl
iV des Direktors
F.d.R.d.A.